

Europa braucht mehr Demokratie –

Verfassungsbeschwerde von 37.000 Bürgerinnen und Bürgern zu ESM / EZB

1. Im Zuge der Euro- und Bankenrettung wird derzeit – genau und insgesamt betrachtet – an einer neuen Finanzverfassung für ganz Europa geschrieben. Dies geschieht weitgehend intransparent; es ist für die Bürgerinnen und Bürger und auch für die meisten Parlamentarierinnen und Parlamentarier kaum mehr nachvollziehbar.
2. Intransparent ist das Vorgehen auch, weil die einzelnen Maßnahmen nie in einem Gesamtbild präsentiert und besprochen und auf ihre grundlegende Sinnhaftigkeit hin untersucht werden; es werden nur Scheiben und Scheibchen, nicht die große Blaupause sichtbar.
3. In Karlsruhe wird jetzt über zwei dieser Scheiben verhandelt: den ESM und das OMT-Programm der EZB. Die nächste Scheibe wird parallel dazu im Bundestag beschlossen, die Bankenunion. Weitere stehen an: ein Tilgungsfonds für Altlasten, eine Fiskalunion, Eurobonds oder -bills, ein gemeinsames Eurozonen-Budget – Bausteine, die sich zu einer Wirtschafts- und Finanzverfassung, ja letztlich zu einer politischen Union fügen.
4. Wir unterstellen: Diese Scheiben-Taktik wird betrieben, um die Vorhaben für die betroffenen Länder, Parlamente und Verfassungsgerichte verdaulich zu machen. So wurde jetzt auch die Bankenunion mundgerecht zerteilt und der umstrittene europaweite gemeinsame Einlagensicherungsfonds auf später verschoben.
5. Was wir als undemokratisch beurteilen, ist weniger der Inhalt, als die Art und Weise wie hierbei über die Zukunft Europas entschieden wird. Der korrekte demokratische Weg wäre die europäischen Verträge zu ändern.
6. Das dafür vorgesehene ordentliche Vertragsänderungsverfahren sähe zwingend einen Konvent vor. Das heißt: Parlamente müssten von vorn herein mit eingebunden werden. Zudem stünden Referenden in einigen Ländern an. Dies würde die Bürgerinnen und Bürger und die Zivilgesellschaft auf den Plan rufen und zu Mitentscheidern machen.
7. Indem Bürgerinnen und Bürgern und Parlamentarierinnen und Parlamentariern ihre Rechte vorenthalten werden, wird die europäische Idee zum Elitenprojekt. Viele Millionen Menschen in Europa spüren dies. So fügt dieses Vorgehen der europäischen Idee Schaden zu.
8. Wir ersuchen das hohe Gericht im Namen der 37.000 Beschwerdeführer darum, die einzelnen, zur Diskussion stehenden Fragen, auch in einer Gesamtschau zu betrachten.

Uns ist dabei bewusst, dass es letztlich politische Fragen sind, die unmöglich nur rein verfassungsrechtlich entschieden werden können.

9. Einmal im Zuge der Eurorettung übertragene Hoheitsrechte werden kaum wieder zurückgeholt werden können. Die Rechte des Europaparlaments werden aber nicht im gleichen Maße ausgebaut. Unter dem Strich kommt ein Verlust an Demokratie für die Bürgerinnen und Bürger heraus.
10. Auch wenn formal bestimmte Hoheitsrechte beim Bundestag verbleiben, sind sie real- und machtpolitisch längst aufgegeben worden. So wurden komplexe Rückbindungsverfahren definiert, die schon im ersten Anwendungsfall – bei der Zypernhilfe – wieder umgangen werden.
11. Es ist Zeit, eine rote Linie oder zumindest einen erkennbaren Korridor genauer zu definieren, ab wann nicht mehr nur gewählte Repräsentanten, sondern der Souverän selbst, das Volk, entscheiden muss.
12. Wir brauchen eine Dezentralisierung von Kompetenzen, wir brauchen obligatorische Referenden bei Souveränitätsabgaben und wir brauchen einen Konvent für die Zukunft Europas.

Theodor Heuss hat einmal gesagt, Europa sei auf drei Hügeln gebaut: Die Akropolis steht für die Demokratie, das Kapitol in Rom für die Rechtsstaatlichkeit und Golgatha für die Menschenwürde. Der Hügel der Demokratie könnte, wird die Entwicklung Europas weiter auf diese undemokratische Weise betrieben, zu einem Häufchen zusammenschrumpfen. Dieses Europa wäre nicht das, wonach die Menschen sich sehnen.

Mehr Demokratie e.V.

Roman Huber

roman.huber@mehr-demokratie.de